

PaulinerFORUM, 22. Oktober 2020

# „Warum gibt es keinen Frieden?“

Prof. Dr. Jörg Baberowski

MIT ANTWORTBEITRÄGEN VON  
Dr. Horst Gorski  
und Prof. Dr. Rochus Leonhardt



EINE VERANSTALTUNG IM  
**PAULINUM**  
AULA • UNIVERSITÄTSKIRCHE ST. PAULI



### **Jörg Baberowski**

*Dr. phil., Jahrgang 1961, ist Historiker und Gewaltforscher. Seit 2002 hat er eine Professur für die Geschichte Osteuropas an der Humboldt-Universität zu Berlin inne. Sein Spezialgebiet ist die Geschichte der Sowjetunion und des stalinistischen Terrors. An der Historischen Fakultät der Goethe-Universität Frankfurt am Main wurde er im Winter 1993 mit der Arbeit »Autokratie und Justiz im Zarenreich« promoviert. Im Juli 2000 habilitierte er sich an der Geschichtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Tübingen mit der Studie „Auf der Suche nach Eindeutigkeit. Zivilisatorische Mission, Nationalismus und die Ursprünge des Stalinismus in Azerbajdžan 1828–1941“. Er ist Mitglied der Wissenschaftlichen Beiräte der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, des Zentrums gegen Vertreibungen und der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Er gehört u. a. dem Arbeitskreis für moderne Sozialgeschichte an und dem Forschungskolleg „Der Erste Weltkrieg und die Konflikte der europäischen Nachkriegsordnung (1914–1923)“ am Zentrum für Antisemitismusforschung an der TU Berlin. Baberowski ist Autor zahlreicher thematisch einschlägiger Veröffentlichungen, mit denen er international bekannt wurde.*



### **Horst Gorski**

*Dr. theol., ist seit dem 1. September 2015 Vizepräsident im Kirchenamt der EKD und Leiter des Amtsbereichs der VELKD. Nach 15 Jahren im Gemeinde-pfarramt in Hamburg übernahm er 1999 als Propst die Leitung des Kirchenkreises Altona und war seit 2009 Propst im fusionierten Kirchenkreis Hamburg-West/Südholstein. In der Nordelbischen Kirche bzw. später in der Nordkirche war er Vorsitzender des Theologischen Beirats bzw. der Theologischen Kammer. In dieser Funktion wirkte er an der Erarbeitung der Verfassung der Nordkirche mit. Im Kirchenamt der EKD ist er Leiter der Hauptabteilung „Öffentliche Verantwortung“, zu der alle gesellschaftspolitisch relevanten Themen, u. a. die Friedensethik, gehören.*



### **Rochus Leonhardt**

*Dr. theol., Jahrgang 1965, ist seit 2011 Professor für Systematische Theologie unter besonderer Berücksichtigung der Ethik an der Theologischen Fakultät der Universität Leipzig. Nach dem Studium der Evangelischen Theologie an den kirchlichen Hochschulen in Naumburg/Saale und Leipzig sowie dem Vikariat in der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens wurde er an der Theologischen Fakultät der Universität Rostock 1996 promoviert und habilitierte sich 2001. Leonhardt ist Mitglied des Theologischen Ausschusses der VELKD sowie Mitherausgeber der Schriftenreihe „Arbeiten zur Systematischen Theologie“ (Leipzig).*

Jörg Baberowski

## **„Warum gibt es keinen Frieden?“**

Überlegungen zum Verhältnis von Macht und Gewalt

Warum gibt es keinen Frieden und warum können Menschen von der Gewalt nicht lassen? Die Antwort darauf ist denkbar einfach: weil soziale Verhältnisse von Macht durchzogen sind. Machtverhältnisse aber gründen sich auf Gewalt, selbst dann, wenn die Unterworfenen die Macht freiwillig anerkennen. Denn sobald die Anerkennung der Macht widerrufen wird, kommt es zur Kraftprobe zwischen jenen, die die Macht behalten, und jenen, die sie brechen wollen. Auf Verabredungen kann sich niemand verlassen, wenn ihre Einhaltung nicht auch jederzeit erzwungen werden kann. Deshalb sind Macht und Gewalt zwei Seiten eines symbiotischen Verhältnisses. „Und Verträge ohne das Schwert“, so Thomas Hobbes, „sind bloße Worte und besitzen nicht die Kraft, einem Menschen auch nur die geringste Sicherheit zu bieten“. Wäre es anders, bräuchten wir keinen staatlichen Zwangsapparat, der uns voreinander schützt. Wir haben nur vergessen, dass es so ist, weil die Todesdrohung in der befriedeten Gesellschaft nicht mehr ausgesprochen wird und weil wir auch ohne Androhung von Gewalt wissen, was zu tun ist.

### **Macht und Herrschaft**

Nichts ist geheimnisvoller als die Wirkung der Macht. „Nichts erscheint erstaunlicher bei der philosophischen Betrachtung menschlicher Angelegenheiten“, wundert sich der Philosoph David Hume, „als die Leichtigkeit, mit der die Vielen von Wenigen regiert werden und die stillschweigende Unterwerfung, mit der Menschen ihre eigenen Gesinnungen und Leidenschaften denen ihrer Herrscher unterordnen“. Wie kommt es, dass viele Menschen wenigen gehorchen, obwohl niemand Gewalt ausübt? Warum haben es die Gefolgsleute Stalins nicht gewagt, sich zu widersetzen? Warum musste erst ein Krieg geführt werden, um einen Despoten wie Saddam Hussein zu stürzen, der zwei Jahrzehnte an der Macht blieb, obwohl er auch unter Freunden und Verwandten Furcht und Schrecken verbreitete? Warum zahlen wir Steuern, befolgen die Anweisungen der Polizei und beachten Verkehrsregeln? Wie kommt es, dass von selbst geschieht, was die Wenigen den Vielen abverlangen? Und warum gelingt es manchen Menschen schein-

bar mühelos, Gehorsam zu erzeugen, anderen aber nicht? Warum spricht niemand das Wort aus, das den Bann bricht?

Menschen sind verletzlich. „Der Leib des Menschen ist nackt und anfällig“, sagt Canetti. „Er hat Schild und Rüstung erfunden, Mauern und ganze Festungen um sich gebaut. Aber was er sich von allen Sicherungen am meisten wünscht, ist ein Gefühl der Unverletzlichkeit.“ Der Mensch will überleben. Aber er kann niemals sicher sein, dass gelingt, wonach er sich sehnt, weil sein Leben in jedem Augenblick zu Ende sein könnte. Die Verletzungsoffenheit ist das Tor, durch das sich die Gewalt Einlass in das Leben verschafft. Denn allem, was lebt, kann das Leben genommen werden. Der Mensch muss nie, kann aber immer töten, und er kann immer getötet werden. Mit diesem Wissen sind wir in der Welt. Wäre die Welt ein Ort des ewigen Friedens, man bräuchte keine Sicherheitsvorkehrungen. Aber so ist es nicht, und deshalb erzeugt Gewalt Ordnung und Ordnung Gewalt. Dieses Verhältnis ist eine Quelle der Macht. Die einen befehlen, und die anderen gehorchen, weil sich beide davon einen Gewinn versprechen.

„Macht bedeutet jede Chance“, sagt Max Weber, „innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht“. Alle sozialen Beziehungen sind Machtbeziehungen, weil die einen stark, die anderen schwach, die einen bewaffnet, die anderen unbewaffnet sind, weil die einen befehlen, die anderen Sicherheit haben wollen. Macht steuert das Verhalten, verändert Einstellungen und Perspektiven. Sie ist ein Modus der menschlichen Existenz und durchströmt alle sozialen Beziehungen. „Die Macht ist an sich weder gut noch böse“, schreibt Carl Schmitt, „sie ist an sich neutral; sie ist das, was der Mensch aus ihr macht“.

Macht kann man nicht besitzen, sie geschieht, sobald Menschen Konflikte austragen, Entscheidungen treffen, Aufgaben delegieren und Hierarchien festlegen. Sie fließt, kommt und geht. Beide Seiten könnten anders handeln als sie es tun, und deshalb beruht Macht auf einem System der Unsicherheit. Macht verlangt nach mehr Macht, weil der Machttrieb mit den Aufgaben wächst, die ihm zuwachsen, und weil er sich gegen Widerstrebendes durchsetzen muss. Nur wenn sie Widerstand überwindet, kann sie Macht sein. Andererseits könnte sich Macht ohne das Bedürfnis nach Sicherheit und Ordnung nicht behaupten. Was wäre der Machttrieb ohne das Bedürfnis nach Sicherheit? Denn wer gehorcht, erhält Erwartungssicherheit und weiß, woran er ist, und wer Gehorsam erzwingen kann, ist sicher vor der Rebellion der Unterworfenen. Gehorsam und Opposition sind zwei Seiten eines „in sich ganz einheitlichen Verhaltens des Menschen“, sagt Simmel. Menschen ordnen sich anderen Menschen unter, weil sie ein Interesse daran haben zu gehorchen. Selbst der Mächtige will mehr Macht nur, um auch für sich Sicherheit zu haben.

Die Ursache der Macht, glaubt Luhmann, liegt in der begrenzten Fähigkeit von Menschen, Informationen zu verarbeiten. In komplexen sozialen Systemen müssten sich Menschen auf „Selektionsleistungen“ anderer Menschen verlassen. Ohne die Übertragung

von Macht wären sie überfordert. Macht wolle nicht auf die Brechung, sondern die Neutralisierung des Willens hinaus. Die Kosten für solche Selektionsleistungen müssten von den Unterworfenen getragen werden. Ein geregeltes Machtverhältnis vereinfacht die sozialen Beziehungen, weil es Menschen von Entscheidungszwängen und Konflikten entlastet. Es steuert menschliches Verhalten und gibt Mächtigen und Gehorchenden, was sie brauchen: Lustgewinn und Ordnungssicherheit. „Der Mensch hat ein inneres Doppelverhältnis zum Prinzip der Unterordnung“, schreibt Simmel. „Er will zwar einerseits beherrscht sein, die Mehrzahl der Menschen *kann* nicht nur ohne Führung nicht existieren, sondern sie fühlen das auch, sie suchen die höhere Gewalt, die ihnen die Selbstverantwortlichkeit abnimmt, und eine einschränkende, regulierende Strenge, die sich nicht nur gegen außen, sondern auch gegen sich selbst schützt.“

Machtverhältnisse verändern Menschen. Macht korrumpiert. Der Mächtige wird zum Sklaven der Unterworfenen, weil er an nichts anderes als an den Machterhalt denken kann, und die Unterworfenen tun, was sie unterlassen hätten, wenn sie frei gewesen wären. Jeder will überleben und ist nur auf seinen Vorteil bedacht. Interessen und Bedürfnisse machen gehorsam, wenn alle wissen, was sie und was andere tun können und tun dürfen, um Erwartungen zu erfüllen. Man muss Gewissheit haben, dass die anderen sich so verhalten, wie man es von ihnen erwartet und dass die Übertretung von Regeln bestraft wird. Sicherheit hat nur, wer schon voraussieht, mit welchem Verhalten er sich Vorteile oder Anerkennung verschaffen kann. Man muss also wissen, woran man ist. Deshalb beugen sich Menschen auch unter prekären Verhältnissen der Macht. Denn die Freiheit wiegt weniger als die Ordnungssicherheit und das eigene Leben, das jeder Kritiker zur Disposition stellen würde, wenn er rebellierte.

Macht ist, was der Mensch aus ihr macht. Niemand beugt sich dem Willen anderer, wenn von ihm verlangt wird, was er nicht will, und deshalb muss Macht gegen Widerstreben durchgesetzt werden. Jeder kann drohen, schreien, die Fäuste sprechen lassen oder Waffen einsetzen, um anderen Angst zu machen und sie zur Unterwerfung zu zwingen. Menschen können über andere Macht ausüben, weil sie andere verletzen oder töten, weil sie geben und nehmen können. Macht ist Gratifikations- und Sanktionsmacht, sie gibt und sie nimmt. Wer verletzen will, braucht keine dauerhafte Kontrolle, sondern nur die Fähigkeit, zu tun, was er will. Er schlägt, und wenn der andere fällt, hat er dessen Willen für einen Augenblick gebrochen. Aber auch der Unterlegene kann drohen oder gewalttätig werden. Selbst der Schwächste ist stark genug, um den Stärksten zu töten: durch Hinterlist, Tücke, im Bündnis mit anderen. Sowohl die Starken als auch die Schwachen wissen, dass es so ist. Deshalb sind sie voreinander auf der Hut. Miteinander leben heißt auch, sich voreinander zu fürchten und zu schützen.

Gewalt aber ist auf Wiederholung angewiesen, wenn sie sich in dauerhafte Macht verwandeln will. Solange sie auf Einzelfälle beschränkt ist, wirkt sie nur sporadisch,

bleibt „Aktionsmacht“. Der Drohende muss anwesend sein, um sich durchzusetzen. Sobald der Gewaltakt vorüber ist, ist es um die Macht geschehen, weil der Gewalttäter das Verhalten der Unterlegenen nicht auf Dauer steuern kann. Deshalb ist Aktionsmacht an die Fähigkeit und Bereitschaft gebunden, Gewalt auszuüben. Alle Macht aber strebt nach Normierung, sie will den Tag überdauern. Solange sie sich auf Gewalt und nicht auf Zustimmung gründet, bleibt sie brüchig und amorph. Denn der Gewalttäter, der schläft, kann am nächsten Morgen seine Macht schon wieder verloren haben. Erst wenn es gelingt, das Verhalten von Menschen zu normieren, können Machtverhältnisse Raum und Zeit überschreiten. Instrumentelle Macht beruht auf anspruchsvolleren Voraussetzungen als Aktionsmacht, weil sie das Vermögen erfordert, Drohungen und Versprechungen Taten folgen zu lassen. Das wissen auch jene, die gehorchen sollen. Wer immer wieder die Erfahrung macht, dass Ungehorsam bestraft, Gehorsam aber belohnt wird, stellt sich auf Wiederholungen ein und antwortet, wie es die Situation erfordert. Drohungen erzeugen Angst, Versprechungen Hoffnung, beider Mittel kann sich der Mächtige bedienen, um das Verhalten anderer zu steuern. Die Machtwirkungen von Drohungen und Versprechungen überschreiten den Augenblick und sind über Zeit und Raum dehnbar.

Der Gehorsam verfestigt sich normativ, und die Macht zeigt Wirkungen auch dann, wenn niemand da ist, um sie zu erzwingen. Der Machthaber kann auf Gewalt und Kontrolle verzichten, er spart Zeit, weil die Unterworfenen gehorchen, und die Unterworfenen tauschen ihre Freiheit gegen Ordnungs- und Erwartungssicherheit ein. „Aus einer Hier-und-Jetzt-Fügsamkeit ist eine Immer-wenn-dann-Fügsamkeit geworden“, sagt Popitz über die Organisation dauerhafter Macht. Aus einer Konformität von Fall zu Fall wird normierendes Verhalten, das den Aufwand verringert, um Herrschaft auszuüben. Denn das richtige Verhalten ist aus der Situation bekannt.

Auf Dauer gesichert ist Macht aber erst, wenn sie sich auf das Einverständnis der Unterworfenen gründet. Der amerikanische Soziologe Talcott Parsons beschrieb Macht als ein Beziehungsmuster, aus dem nicht nur die Starken, sondern auch die Schwachen einen Gewinn ziehen können, weil Macht ein Verteilungssystem von Rechten und Pflichten sei, das sich nur im Interesse aller durchsetzen könne. Popitz hingegen spricht von „autoritativer Macht“. Ihre Wirksamkeit besteht darin, dass sie auch dort Konformität erzeugt, wo Handlungen überhaupt nicht kontrolliert werden. Man trägt die Macht als verinnerlichte Kontrolle mit sich herum. Diese innere Macht steuert nicht nur äußeres Verhalten, sondern auch innere Einstellungen. „Innere Macht wirkt auch im Dunkeln.“ Es ist die „Orientierungsbedürftigkeit“ des Menschen, auf der die Wirksamkeit dieser Macht beruht. Der Autoritätsabhängige übernimmt Urteile, Meinungen und Wertmaßstäbe der Autoritätsperson und damit deren Perspektiven, um Anerkennung zu finden. Autorität beruht auf der Anerkennung von Überlegenheit und dem Wunsch, von den Überlegenen selbst anerkannt zu werden.

Macht, die sich durch die Anerkennung von Autorität legitimiert, wird zur Herrschaft. Normierende verwandelt sich in überpersonale Macht, und deshalb können Machtpositionen beliebig übertragen werden. Macht beruht darauf, dass es eine Chance zur Durchsetzung des eigenen Willens gibt, ganz gleich ob die Gehorchenden sich freiwillig unterwerfen oder nicht. Herrschaft ist institutionalisierte und verfestigte Macht. Sie ist nicht mehr an die Personen gebunden, die Macht ausüben, sondern beruht auf einem überindividuellen Verhältnis. Wenn sie von Dauer sein will, braucht sie die Zustimmung der Beherrschten, mag sie freiwillig oder erzwungen gegeben worden sein. Deshalb beruht Herrschaft scheinbar auf dem Glauben an ihre „Legitimität“.

Je größer das technische Potential möglicher Machtausübung ist, desto umfassender und dauerhafter ist die Kontrolle, die Herrschaft ausüben kann. Die eigentliche Kontrollgewalt im modernen Staat gehört der Bürokratie, weil sie „Herrschaft kraft Wissen“ ist. Ihre Wirksamkeit beruht auf Informationen, Wissen, Effizienz, Berechenbarkeit, Arbeitsteilung und hierarchischen Strukturen. Es ist die Regelmäßigkeit und Berechenbarkeit ihrer Verfahren, die Menschen dazu veranlasst, sich freiwillig zu fügen. Durch Wiederholung und Routine schleichen sich Verhaltensweisen unbemerkt in den Alltag ein. Sie vereinfachen Komplexität und ersparen Zeit, weil alle Beteiligten ihr Verhalten durch anerkannte Verfahren aufeinander abstimmen. Man verrichtet von selbst, wozu man schon nicht mehr aufgefordert werden muss. Die Macht wird verinnerlicht, nicht als Zwang, sondern als Weg zum Selbst. Wir fahren pünktlich zur Arbeit, halten uns an Gesetze und Verordnungen, trennen unseren Hausmüll und greifen nicht einmal zur Selbsthilfe, wenn wir Opfer eines Verbrechens werden. Obwohl niemand sieht, was wir tun, widerstehen wir der Versuchung, Verbote zu übertreten, ohne dass uns jemand dazu zwingt. Der Kontrollaufwand, den die Herrschaft betreiben muss, ist gering, die Macht auf Dauer gesichert. Je wirkungsvoller die Macht ist, desto weniger wird sie bemerkt. Sie wirkt im Stillen, und wo sie auf sich hinweisen muss, ist sie schon in Gefahr.

### **Machtdurchsetzung**

Nicht alle Versuche der Machtbildung sind erfolgreich, aber wenn sie erfolgreich sind, vollziehen sie sich mit einer Selbstverständlichkeit, als könne es gar nicht anders sein. Wie gelingt es, dass wenige Menschen vielen ihren Willen aufzwingen können? Und wie kommt es, dass Macht dauerhaft wird und sich in Herrschaft verwandelt und verfestigt? Weil wenige Menschen, die entschlossen sind, einen Vorteil gegenüber den Vielen haben, die nicht organisiert sind, und weil die einen ihren Machtanspruch durchzusetzen und zu erhalten verstehen. Machtverhältnisse entstehen dort, wo Menschen einander ausgeliefert und aufeinander angewiesen sind. Denn Menschen, die nicht weglafen können, haben keine andere Wahl als auf den Machtanspruch zu antworten, mit dem

andere Menschen sie konfrontieren. Sie können sich ihm widersetzen oder sich ihm fügen. Aber sie können ihn nicht ignorieren.

Man stelle sich ein Kreuzfahrtschiff vor, schlägt Popitz vor, auf dem Menschen für eine begrenzte Zeit miteinander auskommen müssen. Auf dem Sonnendeck des Schiffes stehen Liegestühle, auf die jeder Passagier einen Nutzungsanspruch erheben kann. Solange es mehr Liegestühle als Passagiere gibt, wird dieser Anspruch von niemandem in Frage gestellt. Es herrscht eine Atmosphäre höflicher Nichtbeachtung, in der Machtfragen überhaupt nicht aufkommen. Eines Tages wird alles anders. Das Schiff läuft einen Hafen an und nimmt weitere Passagiere an Bord. Nun tritt eine Gruppe auf, die einen dauerhaften Anspruch auf die Liegestühle erhebt. Sie unterstreicht ihren Anspruch durch weiße Handtücher, die auf Liegestühle gelegt werden. Aber das Belegungssymbol allein bewirkt wenig, wenn es nicht auch ein Symbol für die Entschlossenheit der Usurpatoren wäre. Ihr Besitzanspruch wird erst durch den „gemeinsamen Kraftaufwand aller Auch-Besitzer“ durchgesetzt. Nähert sich jemand einem Liegestuhl, auf dem ein weißes Handtuch liegt, wird er durch lautes Geschrei der Auch-Besitzer zurückgewiesen. Danach werden die Stühle zusammengestellt, so dass sie Wagenburgen gleichen. Jetzt erst, nach der Durchsetzung exklusiver Verfügungsgewalt, verwandelt sich die amorphe Gruppe der Passagiere in eine Klassengesellschaft. Die einen sind Besitzer, die anderen nicht, weil ihnen der Zugang zu den Liegestühlen verwehrt wird. Wer Besitzansprüche auf Güter erhebt, die niemandem gehören, muss diesen Anspruch gegen den Willen anderer durchsetzen und ihn in Erinnerung halten. So entsteht Macht.

Jetzt könnten die Besitzer Liegestühle, die sie nicht selbst nutzen, vermieten, und sie könnten die Aufsicht über die Liegestühle an Nicht-Besitzende delegieren. Daraus ergeben sich für die Besitzenden mehrere Vorteile. Sie müssen Kontrollfunktionen nicht selbst übernehmen und können auch im Schlaf sicher sein, dass ihnen bleibt, worauf sie einen dauerhaften Anspruch erheben. Und sie können die Nicht-Besitzenden voneinander trennen, indem sie Wächter aus ihren Reihen rekrutieren und sie auf ihre Seite ziehen. Aus sporadischer Macht wird instrumentelle Macht. Man kann drohen, ohne anwesend zu sein, und solange es für die Wächter keine Alternativen gibt, werden sie tun, was man ihnen aufträgt.

Warum aber unterwirft sich die Mehrheit der Minderheit, obwohl sie keinen Gewinn davon hat? Weil es gefährlich ist, sich einer entschlossenen Gruppe zu widersetzen, wenn man nicht weiß, ob auch andere zur Rebellion bereit sind. Würden die Entschlossenen Gewalt anwenden? Und wer würde dem Widersacher zur Hilfe kommen? Die Lage ist unübersichtlich, es gibt keine Erwartungssicherheit. Die Gemeinschaft der Nicht-Besitzenden ist amorph. Sie ist gegenüber den Usurpatoren im Nachteil, die genau wissen, was sie wollen, und sich auf eine Strategie zur Durchsetzung ihrer Ziele verabredet haben. Gegen den Einsatz von Gewalt kann sich die Mehrheit nicht behaupten. Sobald



Wächter auftreten, die im Auftrag der Besitzenden drohen, können sich die Nicht-Besitzenden gegen den Machtanspruch kaum noch wehren. Die Mehrheitsverhältnisse sind unklar, niemand weiß genau, was die Besitzenden tun werden, wenn man sich ihnen widersetzt. Das Risiko, Opfer von Gewalt zu werden, wächst.

Die Besitzenden haben eine größere Chance, sich wirkungsvoll zu organisieren, weil jeder ein Interesse daran hat, das Privileg aller anderen Besitzer zu verteidigen. Denn wenn der eine es tut, tut es auch der andere. Deshalb kooperieren die Besitzenden miteinander, und sie verwandeln sich in eine Gruppe. Wer kooperiert, kann Ressourcen akkumulieren, sich auf Strategien verständigen und Machtfunktionen delegieren. Man spart Zeit und Geld und kann die Besitzlosen gegeneinander ausspielen, ohne selbst anwesend zu sein. Die Besitzlosen sind im Nachteil, weil ihre Mehrheit sie lähmt und sie keine Gruppe bilden können. Wer will schon einen Aufstand organisieren, wenn er damit die eigene Ordnungssicherheit zur Disposition stellt?

Zwar wollen die Besitzlosen, dass die Besitzenden ihren Anspruch wieder aufgeben, aber was geschähe, wenn ihre Rebellion Erfolg hätte? Die Einigkeit darüber, dass eine Ordnung ungerecht ist, schafft noch keine Verständigung darüber, welche Ordnung ihr vorzuziehen sei, und sie gibt dem Einzelnen nicht die Gewissheit, dass er erreichen könne, wonach er sich sehnt. Die alte Ordnung könnte nicht wieder hergestellt werden, weil sich das freie Verfügungsrecht immer wieder gegen neue Besitzansprüche behaupten müsste. Ist der Anspruch erst einmal in der Welt, lässt er sich auch nicht wieder aus ihr vertreiben.

Nunmehr ist es ausgeschlossen, dass der Besitz wieder freigegeben und jedermann zur Nutzung überlassen wird. Die Besitzlosen müssten, wenn sie das Recht der Mehrheit durchsetzen wollten, entweder das Verlangen nach Besitz durch Umerziehung aus den Köpfen der Menschen vertreiben oder aber die Gruppe der Besitzenden um ihren Besitz bringen. Selbst wenn die Rebellion Erfolg hätte, müssten die Besitzlosen eine Antwort auf die Frage geben, wie der Besitz in der Zukunft verteilt werden soll. Was den Besitzenden weggenommen wurde, soll nun den Rebellen gehören. Aber jeder von ihnen will ein Stück vom Kuchen. Das Risiko, das die Rebellen eingehen, ist groß, weil niemand im Voraus weiß, ob der Besitz tatsächlich unter den Angreifern aufgeteilt werden würde, wenn sie Erfolg hätten. Deshalb werden sie, bevor sie sich mit anderen Besitzlosen verbinden, fragen, welchen Gewinn sie und die anderen davon haben, wenn sie sich erheben. Was immer die Angreifer untereinander auch verabreden mögen: Sie haben keine Gewissheit, zu bekommen, was sie wollen. Sie sind misstrauisch, weil sie nicht wissen können, ob sie siegen und ob sie der Verabredung trauen dürfen, die sie getroffen haben.

Dieses Misstrauen können die Besitzenden für ihre eigenen Machtinteressen instrumentalisiert, indem sie die Besitzlosen manipulieren. Sie machen ihnen Hoffnungen, versprechen ihnen Vorteile, Privilegien, Prämien und Posten. Solange die Besitzlosen sich mit der Organisation und Kommunikation der Besitzenden nicht messen können, werden

sie auf das Wagnis einer Rebellion verzichten. Denn die Privilegierten sind im Vorteil, weil sie organisiert und entschlossen sind, und deshalb können sie ihrer Macht gewiss sein, ohne auch nur eine Gewalttat begehen zu müssen. Und so bringen die Wenigen die Vielen in ihre Abhängigkeit. Erst bieten sie ihnen Belohnungen an, dann Schutz und Fürsorge. Man erhält Ordnungssicherheit, wenn von jedermann anerkannt wird, dass die einen über Besitz verfügen dürfen und die anderen nicht, und wenn unter allen Umständen vorauszusehen ist, was geschieht, wenn die Regeln gebrochen werden, die sich aus dieser Verabredung ergeben.

Damit aus Macht Herrschaft werden kann, müssen die Machtverhältnisse legitimiert werden. Am Anfang wird das Machtgefüge nur von den Besitzenden für legitim gehalten, weil sie ein Interesse daran haben, ihre Usurpation als natürliches Vorrecht auszugeben. Sie verständigen sich untereinander darauf, dass ihr Besitzanspruch legitim ist, indem sie ihn mit Tradition, Herkommen oder Können begründen. „Die Gruppe verfolgt ihre Zwecke mit größter egoistischer Rücksichtslosigkeit gegen alle Zwecke, die von Außengruppen vertreten werden“, beschreibt Simmel die Durchsetzung von Machtansprüchen. „Sie legt sich dabei moralische Rechtfertigungen zurecht, die die Gruppenzwecke als überindividuelle Interessen ausgeben.“ Legitimität entsteht durch das Einverständnis Gleicher, aber dieses Einverständnis bleibt nicht ohne Folgen für die Besitzlosen. Die Besitzenden führen ihre Ansprüche öffentlich auf, kleiden sie in Zeremonien, Rituale und Symbole, in Grußformen und Anerkennungsgesten, die den Unterworfenen zeigen sollen, dass die Vorrechte der Privilegierten durch Traditionen und heilige Texte legitimiert sind. Die Symbole der Macht sollen eine Legitimationsquelle für die Begründung von Herrschaft sein.

Menschen ordnen sich anderen Menschen aber nicht nur deshalb unter, weil sie sich vor ihnen fürchten oder weil sie nicht wissen, was geschieht, wenn sie sich ihnen widersetzen. Autorität beruht auch auf freiwilliger Anerkennung. Hitler und Stalin erwarben ihre Autorität nicht, weil sich ihre Gefolgschaft vor ihnen fürchtete, sondern weil sie ihre Anhänger manipulierten, verzauberten oder mit Privilegien ausstatteten. Immer wieder kommt es vor, dass Menschen Anhänger an sich binden, die überhaupt nicht gehorchen müssten, es aber trotzdem tun, weil die Führungsfigur in ihren Augen über außeralltägliche und außergewöhnliche Eigenschaften verfügt, die sonst niemand hat. Es gibt Prediger, Künstler, Politiker und Pädagogen, die nichts weiter tun müssen, als sie selbst zu sein, um Folgsamkeit zu erzeugen. „Eine Persönlichkeit, an Bedeutung und Kraft überlegen“, so Simmel, „erwirbt bei ihrer näheren oder auch entfernteren Umgebung einen Glauben und Vertrauen, ein maßgebendes Gewicht ihrer Meinungen, das den Charakter einer objektiven Instanz trägt“. Die Autoritätsperson gewinnt „axiomatische Zuverlässigkeit“ für ihre Entscheidungen, die sie nicht einmal begründen muss.

Nirgendwo Gewalt und Zwang, und dennoch Unterordnung und Gehorsam. Auf den ersten Blick scheint Macht, die sich durchsetzen will, auf Gewalt gar nicht angewiesen zu

sein, denn es gibt Menschen, die Macht ausüben, nur weil andere ihren Anspruch freiwillig anerkennen. Aber solche Macht ist gefährdet, weil sie sich im Ernstfall gegen Drohungen nicht behaupten könnte. Nur unter den Bedingungen verinnerlichter Machtverhältnisse ist eine Unterordnung denkbar, die ohne Drohung und Gewalt auskommt. Niemand würde sich im Krieg einer Autorität unterwerfen, die nicht mit den Insignien und Möglichkeiten bewaffneter Macht ausgestattet wäre. „Ein gelehrter und unbestechlicher Richter“, glaubt Hobbes, „ist in Friedenszeiten von hohem Wert, dagegen nicht im Krieg“.

Macht ist an die Erwartung gebunden, dass der Mächtige seinen Willen jederzeit durchsetzen kann. „Gehorchen heißt ehren“, weiß Hobbes, „denn niemand gehorcht Leuten, von denen er annimmt, dass sie keine Macht haben, ihm zu helfen oder zu schaden.“ Macht hat nur, wer eigene Ansprüche erfüllen oder fremde bedrohen kann. Sobald die Waffen stumpf geworden sind, ist es mit der Macht vorbei. Deshalb kann Gehorsam nur verlangen, wer die Macht hat, die Gehorsamen zu beschützen und seinen Worten Taten folgen lassen kann. Was immer die Mächtigen auch tun: Sie können sich ihrer Macht nicht sicher sein, solange sie die Sicherheitserwartungen der Gehorsamen nicht erfüllen. Wer braucht schon einen Machthaber, der nimmt, aber nichts zu geben hat?

### **Macht und Gewalt**

Und dennoch beruhen die Wirkungen der Macht nicht allein auf dem Glauben an die Kraft der Mächtigen, Schutz zu gewähren. Sie kommen auch aus der Angst der Untertanen vor der Gewalt der Mächtigen. Denn Macht hat auch, wer Ansprüche bedrohen kann. Selbst der schwächste aller Machthaber, der Schutz nicht zu geben vermag, kann immer noch Furcht und Schrecken verbreiten. Seine Macht beruht auf dem Wissen der Untertanen, dass Ungehorsam bestraft wird und Illoyalität Gewalt erzeugt. Die Unterworfenen wissen, was geschehen könnte, wenn sie sich widersetzen. Dieses Wissen hindert sie daran zu rebellieren. „Autorität beruht zum Teil auf der Angst vor einer Person, die mächtiger ist“, sagt Sennett über das Rätsel der Autoritätsbindung, „und das Zufügen von Schmerz ist eine konkrete Grundlage für diese Macht“. Aber die Macht rechnet mit Ungehorsam und weiß, dass sie bedroht ist. Von Zeit zu Zeit fordert sie die Kritiker heraus, damit sie demonstrieren kann, wozu sie noch imstande ist. Popitz spricht von „bindender Aktionsmacht“. Sie unterscheidet sich von „bloßer Aktionsmacht“ darin, dass sie sich mehr Zeit lässt. Sie droht nur mit Verletzung und Tod, tötet aber nicht – wie eine Katze, die mit der Maus nur spielt, sie aber am Leben lässt. „Der Raum, den die Katze überschattet“, sagt Canetti über das Wesen der Macht, „die Augenblicke der Hoffnung, die sie der Maus lässt, aber unter genauester Bewachung, ohne dass sie ihr Interesse an ihr und ihrer Zerstörung verliert, das alles zusammen, Raum, Hoffnung, Bewachung und

Zerstörungs-Interesse, könnte man als den eigentlichen Leib der Macht oder einfach als die Macht selbst bezeichnen.“

Die Macht schützt uns nicht nur voreinander, sie kann auch selbst zur Quelle der Gewalt werden. Warum sollen jene, die Macht haben, von ihr stets nur einen Gebrauch machen, der zum Frieden führt? Überall dort, wo die Macht sich ihrer selbst nicht gewiss ist, greift sie wieder auf Gewalt zurück: Wenn vorgeführt wird, was geschieht, wenn man nicht gehorcht, wenn Wohlverhalten belohnt und Widerspruch bestraft wird. Gewalt ist als Drohung auch in Bildern, Beschreibungen, im öffentlichen Zur-Schau-Stellen des Verletzens und Tötens wirksam, weil sie zu Bewusstsein bringt, was geschieht, wenn man nicht gehorcht. Gewalt, die Macht sein will, braucht Öffentlichkeit. Wenn niemand zusieht und niemand von den Möglichkeiten der Gewalt weiß, verliert sie ihre Wirkungen.

Jeder weiß, dass Ordnungen fragil sind und die Wiederkehr der Gewalt alles in Frage stellen würde, was man für gewiss gehalten hatte. Macht kann niemals vollständig sein. Nur unvollkommen kann sie bleiben, was sie ist. „Macht ist unvollkommen, weil sich die Entscheidung zum Äußersten nicht monopolisieren lässt“, schreibt Popitz. Es liegt in der Natur aller sozialen Beziehungen, dass jene, die Macht haben, sich gegen jene, die sie nicht haben, Tag für Tag durchsetzen müssen. Macht, die total wäre, müsste sich selbst abschaffen. Denn die Entscheidung über Leben und Tod liegt nicht nur beim Machthaber. Sie rechnet immer mit den möglichen Entscheidungen der Anderen. Die Machthaber sind nicht immer da. Sie werden sterben. Und die Untertanen wissen es. Jeder weiß, dass sich das Ende des Machthabers beschleunigen lässt. „Wie das jedes anderen führt Gewalt es herbei.“ Es ist die Fähigkeit der Menschen, einander zu töten, die der Macht von Menschen über Menschen Grenzen setzt. Solange Menschen töten können, ist Macht unvollkommen. Selbst dann, wenn scheinbar nichts geschieht, bleibt Gewalt im Spiel, weil die Macht jederzeit herausgefordert werden kann.

„Nackte Gewalt tritt auf, wo Macht verloren ist“, sagt hingegen Hannah Arendt. „Macht und Gewalt sind Gegensätze. Wo die eine absolut herrscht, ist die andere nicht vorhanden. Gewalt tritt auf den Plan, wo Macht in Gefahr ist; überlässt man sie den ihr inwohnenden Gesetzen, so ist das Endziel, ihr Ziel und Ende, das Verschwinden von Macht (...) Gewalt kann Macht vernichten; sie ist gänzlich außerstande, Macht zu erzeugen.“ Wer gewalttätig ist, handelt aus Schwäche, glaubt Arendt, denn warum müsste er sonst Gewalt anwenden, um seinen Willen gegen Widerstreben durchzusetzen? Je mehr Gewalt aufgewandt werden müsse, desto weniger Macht habe der Gewalttäter. Arendt definiert Macht als soziale Beziehung, die auf Stärke gar nicht angewiesen ist. Für sie sind Tyrannei und Gewalt das Gegenteil von Macht, weil sie zerstören, was sie für Machtbeziehungen hält. Aber lassen sich die despotischen Regime des 20. Jahrhunderts wirklich als Systeme der Ohnmacht beschreiben? Muss der Unterworfenen nicht auch eine Wirkung empfinden, damit von Macht die Rede sein kann? Und ist die Erfahrung der Gewalt nicht

die stärkste aller Empfindungen, die uns die Macht anderer Menschen spüren lässt?

Es ist wahr: Machthaber, die ihre Untertanen von Zeit zu Zeit daran erinnern müssen, dass sie mitleidlos zu strafen verstehen, sind zweifellos schwächer als Machthaber, die gar nicht mehr erzwingen müssen, was sie von allen verlangen. Aber die einen wie die anderen üben Macht aus. Ohne die Fähigkeit, sich gegen den Willen anderer auch tatsächlich durchzusetzen, könnte von Macht überhaupt nicht die Rede sein. Was aber ist die Anwendung von Gewalt anderes als die Durchsetzung des eigenen Willens?

Ordnungen sind verletzlich, der Frieden ist brüchig. Alle Menschen wissen um die Verletzlichkeit ihrer Existenz. Jederzeit kann die Gewalt wiederkehren, und dann wird die Machtfrage neu gestellt. Erst wenn die Furcht vor der Wiederkehr der Gewalt das Bewusstsein beherrscht, verwandelt sich Gewalt in Macht. Menschen, die Gewalt ertragen müssen, spüren die Macht im Schmerz. Es kommt also gar nicht darauf an, ob der Machthaber schwach oder stark ist, sondern ob er jederzeit und überall mit Gewalt seinen Willen durchsetzen kann.

Sobald sich die Gewalt also mehr Zeit lassen kann, wird sie zur Macht. Ihre Wirkungen zeigen sich in der Zeit vor und nach der Gewalt. Es sind die Zeugen der Gewalt, die in ihrer Furcht zu Objekten der Macht werden, weil sie nicht wollen, dass ihnen Gleiches widerfährt. Gewalt, die Macht begründen will, benötigt Pausen. Denn wenn die Todgeweihten außer ihrem Leben nichts mehr zu verlieren haben, werden Drohungen leer. Gewalt, die nichts als Zufall und Schicksal ist, begründet keine dauerhafte Macht. Erst wenn die Gewalt aufhört, kann der Mächtige erfahren, ob er sich seiner Macht gewiss sein kann, ob die Unterdrückten auch dann gehorchen, wenn niemand Gewalt ausübt. Ist die Furcht vor der Wiederkehr der Gewalt groß genug, um die Unterworfenen daran zu hindern, Widerstand zu leisten? Auf diese Frage werden die Mächtigen nur eine Antwort bekommen, wenn sie beobachten, was nach der Gewalt geschieht, die sie anderen angetan haben. Menschen, die Zeugen des Schreckens geworden sind, werden nichts anderes tun können, als an die erlittene Gewalt zu denken und sich auf ihre Wiederkehr einzustellen. Schon immer haben Tyrannen gewusst, dass Gewaltdrohungen über den Tag hinaus Bestand haben müssen, wenn sie Macht begründen sollen. Solchen Drohungen aber unterwirft sich nur, wer Grund hat, sich vor ihnen zu fürchten. Kriegsherren und Despoten, Folterknechte, Geheimpolizisten und Lagerkommandanten – was könnten sie schon ausrichten, wenn sie ihren Worten nicht auch jederzeit Taten folgen lassen könnten? Ihre Macht beruht auf der erwiesenen Fähigkeit, zu verletzen und zu töten, und auf ihrem Willen, ihrer Bereitschaft und ihrer Fähigkeit, es immer wieder zu tun. Sobald sie Schwäche zeigen, ist es mit ihrer Macht vorbei.

Aber woher weiß der Mächtige, ob Untertanen und Gefolgsleute gehorchen oder Gehorsam nur simulieren? Der Despot gerät in ein Dilemma, weil er nur noch erfährt, was er hören will, aber nicht mehr, was ihm von Nutzen wäre. Jeder spricht so, wie der Macht-

haber es erwartet. Nur weiß er nicht, was die Gehorsamen wirklich im Schilde führen. Er wird zum Gefangenen der Macht, die Paranoia ergreift Besitz von ihm. Mauern umgeben seinen Palast, Geheimpolizisten bewachen ihn. Aber nicht einmal vor ihnen kann er sicher sein, und deshalb tauscht er sie von Zeit zu Zeit unter fadenscheinigen Vorwänden aus. Und dennoch muss der Diktator auf der Hut sein. Er muss einen Raum schaffen, den er übersehen kann und in dem nichts unbemerkt bleibt, was hinter seinem Rücken geschieht. Er hat Angst vor den Gefährten, Gefolgsleuten und Bittstellern, die ihm schmeicheln, die ihn aber auch töten könnten. Die Gefahr ist überall, und deshalb wird er vom Verfolgungswahn erfasst. Er infiziert seine Umgebung mit der Paranoia, die jeden in ihren Bann zieht. Macht, die alle Grenzen überschreiten will, verwandelt sich in Paranoia. Denn der Machthaber sieht überall Feinde, fürchtet sich selbst vor Freunden und Verwandten. Deshalb spielt er sie gegeneinander aus, vertraut dem einen ein Geheimnis an und lässt den anderen im Unklaren, beobachtet, ob der eine dem anderen erzählt, was er erfahren hat, er lässt Gewalt an jedem Ort sprechen, damit nicht geschieht, wovor er Angst hat. „So ist der Machthaber über die Verlässlichkeit der Gefäße, denen er seine Geheimnisse anvertraut, über ihre Sicherheit immer auf dem Laufenden“, so Canetti, „und vermag abzuschätzen, welches dieser Gefäße so voll geworden ist, dass es überlaufen könnte. Zum kompletten Schachtelsystem der Geheimnisse hat er allein den Schlüssel. Er fühlt sich gefährdet, wenn er ihn einem anderen ganz anvertraut.“

Schon immer haben sich despotische Herrscher darauf konzentriert, ihre Gefolgsleute zu Komplizen tödlicher Gewalttaten zu machen, und schon immer haben sie gewusst, welche Wirkungen Botschaften haben, die in menschliches Fleisch geschnitten werden. Niemals haben sie sich Illusionen über die Loyalität ihrer Untertanen hingegeben. Darum müssen sie nichts anderes tun, als öffentlich vorführen, wohin der Ungehorsam führt. Die Vollstrecker bedienen sich des Körpers und des Schmerzes als Waffen, sie wissen, dass ihre Macht wächst, wenn die Verschreckten an nichts mehr anderes denken können als an die Gewalt. Ihre Macht beruht auf der dauerhaften psychischen Konditionierung der Vielen, die keine Kraft mehr haben, sich gegen ihre Peiniger zur Wehr zu setzen. Täter wie Opfer sehen die verstümmelten Körper, hören die Schreie, werden die Bilder in ihren Köpfen nicht mehr los. Deshalb ist der Tod für die Mächtigen nur dann von einem Nutzen, wenn er Überlebende und Gezeichnete hinterlässt. Die Leichen der Getöteten werden öffentlich ausgestellt, die Illoyalen in Schauprozessen erniedrigt, Menschen vor aller Augen auf der Straße verhaftet, damit jedermann sehen kann, wohin Auflehnung führt. Solange durch Erzeugung von Angst und Schrecken erreicht werden kann, wozu man sonst Tod und Verletzung bräuchte, kann die Macht auch auf unblutige Weise zu ihrem Recht kommen.

Manche glauben, dass Machtverhältnisse nur stabil sind, wenn die Unterworfenen dauerhafte Sicherheitsversprechen erhalten und die Herrschenden auch ihre eigene Si-

cherheit erhöhen. Nur übersieht eine solche Deutung der Macht, dass auch Willkür und Terror Machtverhältnisse dauerhaft werden lassen können. Zwar kann der Ohnmächtige sein eigenes Schicksal nicht beeinflussen, aber er kann das Leben anderer Menschen zerstören, indem er sie denunziert, er kann sich an der Tötung und Verletzung von Opfern beteiligen und darüber vergessen, dass er selbst ein Nichts im großen Strom des Terrors ist. Es ist ihm eine Befriedigung, sich im Elend wenigstens noch über den Niedrigsten zu erheben. Davon lebt die Herrschaft des Terrors, die weder Erwartungssicherheit noch Frieden versprechen kann.

Jahrhundertlang haben Menschen einander verletzt und getötet, und nichts wird sie davon abhalten, es auch in Zukunft zu tun. Wir sind verletzungsmächtig und verletzungsoffen, und weil es so ist, müssen wir uns voreinander schützen: durch Konventionen und Regeln und durch Waffen, mit denen ihre Anerkennung jederzeit erzwungen werden kann. Ohne klare Machtverhältnisse gibt es keinen Frieden. Ist das Gleichgewicht von Gehorsam und Sicherheit erst einmal erschüttert, ist es mit dem Frieden schnell vorbei. Nur wer imstande ist, auf Drohungen Taten folgen zu lassen, hält andere davon ab, gewalttätig zu werden. Ordnung ist eine Voraussetzung, um Gewalt einzudämmen, die Gewalt ein Mittel, Ordnung aufrechtzuerhalten. Macht und Gewalt sind keine Gegensätze. Sie sind vielmehr zwei Seiten ein und desselben. Die Ordnung schützt uns vor der Gewalt, aber nur deshalb, weil sie jederzeit durch Gewalt erzwungen werden kann. „Soziale Ordnungen, die sich nicht von vornherein aufgeben“, schreibt Popitz, „müssen sich, wenn Gewalt droht, mit Gewalt schützen können“. In allen Machtbeziehungen ist der Gedanke an die Wiederkehr der Gewalt enthalten. Frieden und Sicherheit gibt es nur, weil Menschen töten *können*. Ein Leben ohne Macht ist nicht vorstellbar, weil es ein Leben ohne Gewalt nicht gibt.

Wer also radikalen Gewaltverzicht fordert – die Abschaffung der Armee oder gar schon die der rechtserhaltenden Gewalt des Staates – fordert etwas Unmögliches. Er wird andere zu Gewalt provozieren und die Möglichkeit eines relativen Friedens gefährden. Insofern ist die erste Voraussetzung für Sicherheit ein realistisches Menschenbild.

Horst Gorski

## **I. Respons**

### **Was es heißt, in der noch unerlösten Welt Christ zu sein**

Das Verhältnis von Freiheit und Ordnung, Gewalt und Liebe gehört zu den Kernthemen der Reformation. Als Martin Luther im Winter 1521/22 auf der Wartburg in Schutzhaft saß und das Neue Testament ins Deutsche übersetzte, hörte er von den zunehmenden Unruhen in Wittenberg, die gemeinhin als „Bildersturm“ bezeichnet werden. Es kam zu Gewalt gegen Sachen und Menschen: Bilder wurden aus den Kirchen geholt und zerstört, Priester wurden mit Gewalt von den Altären gezerzt, Nonnen aus den Klöstern geholt und vergewaltigt. In dieser Situation hielt es ihn nicht länger auf der Wartburg. Unter Inkaufnahme des Risikos seiner eigenen Sicherheit fuhr er bei Nacht und Nebel nach Wittenberg und stieg am Sonntag Invokavit, dem 9. März 1522, auf die Kanzel der Schlosskirche, hielt eine ganze Woche lang jeden Tag eine Predigt und rief die Wittenberger zur Raison. Seine Botschaft ist schlicht: Lasst das Wort Gottes selber wirken. „Predigen will ich's, sagen will ich's, schreiben will ich's. Aber zwingen, mit Gewalt dringen, will ich niemand, denn der Glaube will willig, ungenötigt angenommen werden.“

Martin Luther wendet sich gegen die gewaltsame Durchsetzung von Glaubenswahrheiten. Gleichzeitig tritt er für das Gewaltmonopol des Staates – das sich frühneuzeitlich gerade erst gebildet hatte – ein. Dieser monopolisierten Gewalt misst er eine ordnende, friedenschaffende Funktion bei. In seiner Schrift „Ob Kriegsleute in seligem Stande sein können“, schreibt er: „Warum führt man Krieg, außer weil man Frieden und Gehorsam haben will?“ Er kann den Krieg sogar als Werk der Liebe preisen, weil er Ordnung schafft und noch größeres Übel verhindert.

Das sind Sätze, die man heute für naiv halten mag und nicht mehr wiederholen würde. Bleibend interessant ist aber, wie Luther das Verhältnis von Freiheit und Ordnung in seiner sog. „Zwei-Regimente-Lehre“ konzeptionell beschrieben hat: Der Mensch lebt unter zwei Regimenten, dem Regiment Gottes und dem Regiment der Welt. Im Regiment Gottes steht der Christ vor Gott. Dort ist er frei. Allerdings verstand Luther unter dieser Freiheit allein eine Glaubensfreiheit. Bürgerliche Freiheit im heutigen Sinne lag noch nicht in seinem Blick. Im Regiment der Welt ist der Mensch Knecht und hat gehorsam zu sein.



Hier steht der Bürger vor der staatlichen Ordnung und seinen Pflichten in der Ständegesellschaft.

Die „Zwei-Regimente-Lehre“ ist viel diskutiert, kritisiert, auch missverstanden worden. Sie hat Luther den Ruf eingebracht, „Fürstenknecht“ zu sein. Und sie hat in der lutherischen Kirche zu einer Zurückhaltung in der Weltgestaltung geführt, die sich in den 20er und 30er Jahren des 20. Jahrhunderts in der unglücklichen Rede von einer „Eigengesetzlichkeit“ des Staates äußerte und die es den lutherischen Kirchen von ihrem theologischen Ansatz her schwer machte, Widerstand gegen die NS-Diktatur zu leisten. Allerdings ist das bleibende Recht dieser Lehre, frühmodern eine Differenzierung zwischen der religiösen und der politischen Sphäre vorgenommen zu haben, die bis dahin untrennbar eins waren. Die Zwei-Regimente-Lehre erinnert daran, dass wir Menschen in einer noch nicht erlösten Welt leben, in der es Ordnungsmächte braucht. Theologisch gesagt: In dieser noch nicht erlösten Welt braucht es neben dem Evangelium auch das Gesetz.

Luther hat die Fürstentümer seiner Zeit als diese Ordnungsmächte anerkannt. Und im Rückblick muss man sagen: Vielleicht hat Luther mit seinen Invokavitpredigten das Kurfürstentum Sachsen (oder ganz Deutschland) davor bewahrt, zu einem „failed state“ zu werden.

Luthers Menschenbild ging davon aus, dass er immer Gerechtfertigter und Sünder zugleich ist („simul iustus et peccator“) und deshalb des Gesetzes und der Ordnungsmacht bedarf, um leben zu können. Dieses Menschenbild dürfte Ihnen, lieber Herr Baberowski, entgegenkommen.

Ein anderes Modell wurde von Johannes Calvin entwickelt und in Genf umgesetzt: Nämlich das Modell einer theokratischen Stadtordnung. Calvin versuchte, die Ordnung unmittelbar aus dem Willen Gottes abzuleiten und die Regeln für das Zusammenleben der Menschen unmittelbar am Evangelium auszurichten. Dieses Modell setzte auch auf Ordnung, aber auf eine eigene christliche Ordnung entgegen der staatlichen Gewalt.

In den theologischen Auseinandersetzungen der NS-Zeit wurde 1934 die maßgeblich von dem reformierten Theologen Karl Barth formulierte „Barmer Theologische Erklärung“ auf einer Bekenntnissynode verabschiedet. Darin heißt es, dass die Christen allein den Anspruch Jesu Christi auf ihr Leben anerkennen und dass die Kirche „mit ihrer Botschaft wie mit ihrer *Ordnung*“ Zeugnis in der Welt ablegt (Art. III). Anders als die Zwei-Regimente-Lehre bot dieser theokratische Ansatz (Barth sprach von der „Königsherrschaft Christi“) eine bessere Legitimation, Eingriffe des Staates in die kirchliche Ordnung zu verweigern und der staatlichen Ordnung den Anspruch des Evangeliums entgegenzustellen.

In der Nachkriegszeit entwickelte sich daraus eine Strömung, die man etwas salopp als „Linksbarthianismus“ bezeichnet, und die aller staatlichen Gewalt mit einer Grundskepsis gegenübersteht. Diese Strömung hat u. a. Teile der friedensethischen Arbeit im

Raum der EKD geprägt. Kennzeichnend für sie ist, dass sie weniger versucht zu übersetzen, was das Evangelium in der noch nicht erlösten Welt konkret und politpraktisch bedeutet; sondern direkter den Anspruch des Evangeliums unmittelbar der Logik der Politik entgegenstellt.

Ich ahne, lieber Herr Baberowski, dass diese „linksbarthianischen“ Positionen von Ihnen eher kritisch gesehen werden. Ich frage aber zurück, ob Sie nicht falsche und auch unnötige Alternativen aufbauen. Ich selbst bin entschiedener Vertreter sowohl der lutherischen Zwei-Regimente-Lehre wie auch des Linksbarthianismus, weil ich glaube, dass jede Position für sich einseitig wird und dass sie sich gerade gegenseitig brauchen: Von der Zwei-Regimente-Lehre ist für mich unabdingbar zu lernen, dass wir in einer noch nicht erlösten Welt handeln, in der es Gesetze und Ordnungen und auch Mittel zu ihrer Durchsetzung braucht. Von Barmen ist für mich ebenso unabdingbar zu lernen, dass wir Christen den Anspruch nicht aufgeben dürfen, in dieser unerlösten Welt die Stimme des Evangeliums hörbar zu machen (so gut wir sie denn zu vernehmen vermögen) und damit auch die Ordnungen der unerlösten Welt in Frage zu stellen. Der Satz des Ökumenischen Rates der Kirchen von 1948 „Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein“ ist so ein Satz. Wiewohl wir wissen, dass es in dieser Welt nicht möglich sein wird, einen kompletten Frieden herbeizuführen, der das Führen von Kriegen aus der Welt schafft, darf es aus christlicher Sicht nicht dazu kommen, sich damit zu beruhigen, sich zurückzulehnen mit einem „Das ist eben so“. Ja, es ist so, aber es soll so nicht sein. Und in dieser Spannung handeln wir Menschen und übernehmen Verantwortung.

An dieser Stelle möchte ich Sie fragen, lieber Herr Baberowski, wo bei Ihnen eigentlich die Verantwortung des Menschen bleibt. In Ihrem Vortrag kommt der Begriff „Verantwortung“ nicht vor und wäre doch für Ihr Thema zentral! Nehmen wir die Bürgerkriege im Jemen und in Syrien: Auch wenn es grundsätzlich nicht möglich sein wird, in der noch unerlösten Schöpfung eine Welt komplett ohne Krieg zu schaffen, so ist doch der Umkehrschluss unzulässig, als würden sich die genannten Kriege quasi mit naturphänomenhafter Notwendigkeit aus dem anthropologischen So-Sein des Menschen ergeben. Vielmehr handeln hier Menschen, vertreten Interessen, es handeln auch andere staatliche Mächte, die geostrategische und politische Interessen verfolgen. Dieses Handeln ist in seiner historischen Kontingenz nicht zwangsläufig. Es wäre möglich, anders zu handeln. Und genau hier öffnet sich das Feld menschlicher Verantwortung, zu dem der Gebrauch präventiver Mittel und gewaltfreier Konfliktbearbeitungen gehört. Diese Mittel gehören keineswegs ins Reich der Träume, sondern können in Strukturen politischer Instrumente gegossen werden und wurden dies auch schon, wie zum Beispiel die Charta von Paris 1992 oder die Gründung der OSZE 1995 zeigen. Diese Instrumente tatsächlich zu nutzen, statt sie auszuhebeln (wie es inzwischen von manchen Seiten geschieht), gehört zum Feld der Verantwortung menschlichen Handelns. Diese Verant-

wortung hat der Mensch, und zwar *nicht*, weil er grundsätzlich gut wäre, sondern *gerade* weil er grundsätzlich nicht nur gut ist. Ein realistisches Menschenbild, wie Sie es einfordern, führt nicht zwangsläufig zu der Annahme, es könne keinen Frieden geben. Richtig ist, dass es niemals einen kompletten und unangefochtenen Frieden geben wird, der nicht verteidigt werden muss. Aber verantwortliches Handeln macht Frieden möglich. Das erleben wir in Deutschland und Europa seit sieben Jahrzehnten.

Meine Kritik ist auch, dass Ihre Begriffe unscharf bleiben. Sie unterscheiden nicht ausreichend zwischen lat. *violentia* und *potestas*. Es ist auch nicht klar, was deskriptiv und was normativ gemeint ist. Was wollen Sie eigentlich damit sagen, dass es eine Welt ohne Gewalt nicht geben kann? Dass es eine Welt ohne Gewalt nicht geben kann, kann als Legitimation für Gewalt, aber auch als Delegitimation gelesen werden.

Ich lasse jetzt einiges aus, weil die Zeit fortgeschritten ist. Aber ich habe Mühe mit Ihrem Vortrag u. a., weil Sie die Begriffe unscharf lassen. Oder ein anderes Beispiel: Sie haben gesagt, die Bürokratie könne man nicht umbringen. Das ist zweifellos richtig. Aber als Leiter einer Kirchenverwaltung, der sozusagen einer Bürokratie vorsteht, frage ich mich, was ich mir dabei denken soll. Nicht dass ich ernstlich besorgt wäre. Aber ich frage mich: Was soll der Ton, den Sie anschlagen, und welche Assoziationsfelder bedienen Sie damit? Und ich frage mich, was Sie eigentlich meinen, wenn Sie ein realistisches Menschenbild einfordern. Zu *meinem* Menschenbild gehört der Anspruch dazu, Verantwortung zu übernehmen. Verantwortung für den vorrangigen Einsatz gewaltfreier Mittel. Von diesem Anspruch will ich uns nicht dispensieren.

Rochus Leonhardt

## II. Respons

Sehr verehrter Herr Baberowski, haben Sie ganz herzlichen Dank für Ihren Vortrag. Mein kurzes *statement* dazu, das ich Ihnen jetzt zumute, läuft hinaus auf den Versuch, die von Ihnen vertretene Schlussthese konkret aus evangelisch-theologischer Perspektive zu betrachten und dabei – durchaus zustimmend – zu würdigen. – Wer, so hatten Sie sinngemäß am Ende Ihrer Ausführungen gesagt, radikalen Gewaltverzicht fordert, wird letztlich die Möglichkeit eines relativen Friedens gefährden.

Meine eigenen Überlegungen dazu beginne ich mit einem Zitat. Es lautet: „Eine emanzipatorische Gesellschaft geht nur ohne Polizei“. Es handelt sich hier um einen Tweed der Linken-Politikerin Juliane Nagel vom 14. Dezember 2019. Nagel ist Mitglied des sächsischen Landtags und Stadträtin in Leipzig. Und man wird sagen können, dass im zitierten Tweed ziemlich treffsicher auf den Punkt gebracht ist, worum es Frau Nagel geht. „Ein Weniger an Polizei hätte in dieser Silvesternacht zu einem Mehr an Sicherheit in Connewitz geführt“ – so äußerte sie sich zu den Connewitz-Krawallen gut 14 Tage nach dem zuerst herangezogenen Votum. Mehr Ordnung durch weniger Ordnungskräfte, das ist das Motto, das sich hier herausdestillieren lässt.

Frau Nagel steht, zum Ersten, mit ihrer Auffassung alles andere als allein. Es gibt politische und gesellschaftliche Milieus, in denen eine solche Auffassung nachhaltig verbreitet ist. Insbesondere im sogenannten linken Spektrum sind im Blick auf die Polizei und erst recht auf die Bundeswehr Verachtung und Hass mittlerweile von leitkultureller Bedeutung. Ich erinnere hier – *pars pro toto* – an den unsäglichen Text, den die taz-Autorin Hengameh Yaghoobifarah am 15. Juni 2020 unter der Überschrift „All cops are berufsunfähig“ publiziert hat; mit dem Rückenwind der Black-Lives-Matter-Proteste stellte Yaghoobifarah die Frage, was nach der Abschaffung der Polizei, falls der Kapitalismus nicht gleich mit abgeschafft wird, mit all den Beamten geschehen soll. Die Antwort, von der sich kurze Zeit später mit Barbara Junge eine Repräsentantin aus dem Führungsteam der Zeitung distanziert hat, ist klar: „Spontan fällt mir nur eine geeignete Option ein: die Mülldeponie. Nicht als Müllmenschen mit Schlüsseln zu Häusern, sondern auf der Halde, wo sie wirklich nur von Abfall umgeben sind. Unter ihresgleichen fühlen sie sich bestimmt auch selber am wohlsten.“

Zum Zweiten: eine solche Auffassung ist alles andere als neu. Bereits Martin Luther hat sich aus seiner theologischen Perspektive mit ihr auseinandergesetzt, allerdings kritisch. In Konfrontation mit entsprechenden Tendenzen seiner Zeit hat er eingeschärft, dass es illusorisch wäre anzunehmen, es könne jemals eine vollständig „emanzipatorische Gesellschaft“ geben, in Luthers Worten: eine Welt, in der alle Menschen wahrhaft glauben und deshalb ihren Nächsten nur Gutes wollen. Vielmehr gilt: „die Welt und die Menge sind und bleiben Unchristen“, und „darum ist es in der Welt unmöglich, ein allgemeines christliches Regiment [...] aufzurichten“. Würde man dies doch tun, wäre die absehbare Konsequenz eine Durchsetzung des Rechts des Stärkeren:

*„Ein ganzes Land oder die Welt mit dem Evangelium regieren zu wollen, ist deshalb so, als ob ein Hirte Wölfe, Löwen, Adler und Schafe in einem gemeinsamen Stall unterbrächte, ließe jedes Tier sich frei unter den anderen bewegen und würde zu ihnen sagen: Weidet euch und seid untereinander rechtschaffen und friedlich; der Stall steht offen, Weide habt ihr genug, Hunde und Prügel müsst ihr nicht fürchten. Hier würden zwar die Schafe Frieden halten und sich so friedlich weiden und regieren lassen, aber sie würden nicht lange leben und kein Tier wäre vor dem andern sicher.“*

Dies alles ist nachzulesen in Luthers sog. Obrigkeitsschrift von 1523, aus der auch die hier angeführten Zitate stammen.<sup>1</sup>

Die Frage „Warum gibt es keinen Frieden?“ oder, allgemeiner gesagt, die sachgerechte Verhältnisbestimmung von Freiheit und Ordnung, gehört also von Anfang an zum Themenbestand der politischen Ethik des Protestantismus. Es überrascht daher auch nicht, dass der vor gut 20 Jahren verstorbene Leipziger Luther-Forscher Helmar Junghans bereits 1972 einen Aufsatz zum Thema „Freiheit und Ordnung bei Luther während der Wittenberger Bewegung und der Visitationen“ vorgelegt hat, publiziert übrigens in der ebenfalls hier in Leipzig erscheinenden Theologischen Literaturzeitung.<sup>2</sup>

Nun ist, was Luther gesagt hat, für mich als evangelischen Christen nicht schon deshalb von Bedeutung oder gar wegweisend, weil es Luther war, der es gesagt hat. Aber er hat im Horizont der Denkwelt des 16. Jahrhunderts durchaus Dinge geäußert, die in ihrer Substanz jedenfalls mich auch heute noch überzeugen – und dazu gehören bestimmte Grunddaten seiner politischen Ethik.

---

1 Martin Luther, Von der weltlichen Obrigkeit: Wie weit man ihr Gehorsam schuldet (1523), in: Deutsch-Deutsche Studienausgabe, Band 3: Christ und Welt, hg. von Hellmut Zschoch, 217-289 (Übertragung: Hellmut Zschoch), hier 233; vgl. dazu: Rochus Leonhardt/Arnulf von Schelliha (Hg.), „Hier stehe ich, ich kann nicht anders!“ Zu Martin Luthers Staatsverständnis, Baden-Baden 2015 (Staatsverständnisse 82).

2 Vgl. Helmar Junghans, Freiheit und Ordnung bei Luther während der Wittenberger Bewegung und der Visitationen. Franz Lau zum 65. Geburtstag, in: Theologische Literaturzeitung 97, 1972, 95-104.

Luther hat nämlich das gegenwärtig in vielen modernen westlichen Gesellschaften weit verbreitete Interesse an einem verständigungsorientierten und gewaltfreien Umgang mit Differenzen und Konflikten geteilt. In seiner Friedensethik etwa zielte er, nachzulesen ist das in seiner sog. Kriegsleuteschrift von 1526, ganz konsequent auf eine Einhegung und Minimierung militärischer Gewalt – und das in einer Zeit, in der Krieg als normales Mittel der Politik noch lange nicht geächtet war:

*„So sei bei diesem Punkt das Erste, dass Kriegführen nicht recht ist [...] – es sei denn, dass man dabei aufgrund eines entsprechenden Rechtstitels und des Gewissens sagen kann: Mein Nachbar zwingt und drängt mich, Krieg zu führen, ich würde es lieber lassen, so dass der Krieg nicht nur als Krieg, sondern als pflichtgemäßer Schutz und als Notwehr bezeichnet werden kann. [...] Aufgezwungen ist er [scil. der Krieg], wenn der Feind oder Nachbar angreift und anfängt und wenn es nicht helfen will, dass man den Rechtsweg, Verhandlungen oder eine gütliche Einigung anbietet, dass man alle möglichen bösen Worte und Herausforderungen erträgt und zum Guten wendet, sondern wenn er schlechthin mit dem Kopf durch die Wand will“<sup>3</sup>.*

Hier zeigt sich: während Luthers vom Alleingeltungsanspruch des Marxismus-Leninismus inspirierte Kritiker unter den DDR-Historikern (und ihre zeitgenössischen Epigonen) den Reformator als „Fürstenknecht“ diskreditierten (und diskreditieren), war er selbst hin- und hergerissen zwischen Freiheitsbetonung und Ordnungsinteresse; dies zeigt übrigens schon der eben erwähnte Junghans-Aufsatz.

Letztlich war Luther, wenn es um die konkrete Frage von obrigkeitlicher Gewaltanwendung ging, in heutigen Worten: um den Einsatz von Polizei und Militär, so etwas wie ein Situationsethiker, für den primär Verständigung und Gewaltfreiheit leitend waren. Aber – und das unterscheidet ihn von den damaligen sog. Schwärmern und den heutigen Utopisten einer vermeintlich emanzipatorischen Gesellschaft – er hat nie einen Zweifel daran gelassen, dass es (innen- wie außenpolitisch) immer nur einen *relativen* Frieden geben kann und dass deshalb *radikaler Gewaltverzicht* keine zielführende Option ist. Denn: Wer diesen postuliert, mag für sich moralischen Mehrwert akkumulieren können; die gesamtgesellschaftlichen Folgekosten können allerdings darin bestehen, dass genau das befördert wird, was eigentlich nicht sein soll: die Gewalt.

---

3 Martin Luther, Ob Soldaten in ihrem Beruf Gott gefallen können, in: Deutsch-Deutsche Studienausgabe, Band 3: Christ und Welt, hg. von Hellmut Zschoch, 557-629 (Übertragung: Volker Stümke), hier 603.609; vgl. dazu: Volker Stümke, Das Friedensverständnis Martin Luthers. Grundlagen und Anwendungsbereiche seiner politischen Ethik, Stuttgart 2007 (Theologie und Frieden 34).

Es gehört daher zu den maßgeblichen und nach meiner Überzeugung auch gegenwärtig plausiblen Überzeugungen des lutherischen Protestantismus, dass die zugunsten des Schutzes der Schwachen vorgenommene Verteidigung des (relativen) Friedens im Inneren des politischen Gemeinwesens ebenso wie im zwischenstaatlichen Bereich auch dann legitim ist, wenn sie unter Anwendung von Gewalt geschieht. Hinzu kommt, dass auch die aktive Beteiligung von Christinnen und Christen an dieser Verteidigung des Friedens als eine Form der Wahrnehmung christlicher Weltverantwortung gelten kann.

Ungeachtet dessen gilt allerdings, dass eine von jeglicher Schuldübernahme unbelastete handlungspraktische Wahrnehmung dieser Weltverantwortung nicht möglich ist. Vielmehr impliziert – ganz im Gegenteil – verantwortliches Handeln stets unweigerlich die Bereitschaft der Schuldübernahme. Dies hat im 20. Jahrhundert in wünschenswerter Klarheit Dietrich Bonhoeffer zum Ausdruck gebracht: „Wer sich in der Verantwortung der Schuld entziehen will, [...] stellt seine persönliche Unschuld über die Verantwortung für die Menschen, und er ist blind für die heillosere Schuld, die er gerade damit auf sich lädt, blind auch dafür, dass sich die wirkliche Unschuld gerade darin erweist, daß sie um des anderen Menschen willen in die Gemeinschaft seiner Schuld eingeht. Daß der Sündlose, der selbstlos Liebende schuldig wird, gehört durch Jesus Christus zum Wesen verantwortlichen Handelns“<sup>4</sup>.

Es kann, dies haben Sie, verehrter Herr Baberowski, uns luzide vorgeführt, stets nur einen relativen Frieden geben, der immer einer Absicherung durch notfalls auch gewaltsam aufrecht zu erhaltende Machtverhältnisse bedarf. Es entspricht diesem Sachverhalt, dass es aus evangelisch-theologischer Sicht im Vollzug christlichen Weltengagements immer nur eine relative Freiheit von Schuld geben kann. Diese Relativitäten aber sollten wir schätzen und nicht zulassen, dass sie durch die illusorische Proklamation einer Realisierbarkeit vermeintlicher Absolutheiten diskreditiert werden.

---

4 Dietrich Bonhoeffer, *Die Struktur des verantwortlichen Lebens* (1942), in: Ders., *Ethik*, hrsg. von Ilse Tödt, Heinz Eduard Tödt, Ernst Feil und Clifford Green, Gütersloh 1992 (Dietrich Bonhoeffer Werke 6), 256-289, hier 275f.

## Matthias Schwarz

### Schlusswort

Sehr geehrte Damen und Herren, hier in Aula und Universitätskirche der Alma Mater Lipsiensis und vor allem vor den Bildschirmen als Zuschauer der Aufzeichnung,

ich darf mich kurz vorstellen: Mein Name ist Prof. Dr. Matthias Schwarz, ich bin Mathematiker dieser wunderbaren Universität und Vorsitzender des Vorstandes der Stiftung Universitätskirche St. Pauli zu Leipzig. In dieser Funktion fällt mir nun die Aufgabe zu, an dieser Stelle Dank auszusprechen.

Ich danke zu allererst den Akteuren und Mitwirkenden dieser akademischen Disputation, Prof. Dr. Baberowski, Dr. Gorski, meinem lieben Kollegen Prof. Leonhardt und ganz besonders auch Herrn Bingener. Ich danke unserem Universitätsorganisten Daniel Beilschmidt für die musikalische Umrahmung an der Orgel. Vor allem aber danke ich unseren Gästen von außerhalb Leipzigs dafür, dass sie trotz der sich immer deutlicher abzeichnenden Zuspitzung der Pandemie-Situation das Risiko einer Reise auf sich genommen haben, um heute hier zu sein.

Wir haben diese ursprünglich für Ende Mai geplante Veranstaltung bereits einmal Corona-bedingt verschoben und sind sehr froh, dass wir heute nun wenigstens in dieser technischen Hybrid-Form eine Realisierung vollziehen können.

Es ist natürlich traurig, dass wir keine echte Live-Disputation vor Publikum erleben konnten. Wir alle haben in den letzten Wochen und Tagen noch gehofft und gezittert, mit dem eigentlichen Format noch knapp vor dem Schließen der Corona-Schotten durchzukommen. Gerade in den letzten Tagen kamen eine ganze Reihe von Teilnahmeanfragen, die wir leider nun alle absagen mussten. Dies tut uns sehr leid!

Wir sind der Universität, ganz besonders der Rektorin, Magnifizienz Schücking dankbar, dass sie uns soweit unterstützt hat, auch wenn sie selbst leider nicht mehr heute dabei sein konnte. Ein ganz besonderer Dank gebührt aber vor allem dem Träger und Veranstalter des PaulinerFORUM, der Theologischen Fakultät und dabei in besonderer Weise ihrem Dekan, Herrn Professor Schüle.



Seit einigen Monaten bewegt sich durch die medialen, akademischen und intellektuellen Diskurse unserer kulturell aufgeheizten Welt der seltsame Ausdruck der „Cancel Culture“. Wir haben heute erleben dürfen, was dies eben nicht ist.

Als wir im Beirat des PaulinerFORUM vor nahezu zwei Jahren die Planung der diesjährigen Veranstaltung nicht unkontrovers diskutierten, hatte ich gerade dieses Buch gelesen, „The Coddling of the American Mind“, von Greg Lukianoff und Jonathan Haidt, welches auf ein scheinbar rein amerikanisches Problem der Bedrohung der Meinungsfreiheit und Debattenkultur an Hochschulen gerichtet ist. Dieses Buch endet mit dem optimistischen Appell und Verweis auf die „Principles of Free Expression“ der renommierten University of Chicago, eine Erklärung von Prinzipien, denen sich inzwischen viele andere Universitäten angeschlossen haben.

Im Juni dieses Jahres hat die deutsche Hochschulrektorenkonferenz gemeinsam mit der University of Chicago genau zu diesem Thema, *Meinungsfreiheit und Debattenkultur an Hochschulen*, eine virtuelle Konferenz durchgeführt. Ich zitiere den Präsidenten der HRK, Prof. Alt:

*„Genau wie die liberale Demokratie sind die Hochschulen auf die Freiheit des Denkens, Hinterfragens und Austauschens von Ideen angewiesen“, so HRK-Präsident Peter-André Alt. „Und genau wie die liberale Demokratie sind Universitäten und andere Hochschulen ins Visier derer geraten, die nicht an eine Vielfalt legitimer Sichtweisen glauben. Ich bin der festen Überzeugung, dass das Bekenntnis zur Meinungsfreiheit ein zentraler Bestandteil der Kultur unserer Hochschulen ist, der in einer Zeit großer Unsicherheit und politischer Umwälzungen geschützt werden muss.“*

Die Leipziger Universitätskirche – nicht zuletzt Ort des freien Austauschens von Ideen – wurde am 30. Mai 1968 durch das totalitäre SED-Regime bewusst und gezielt zerstört. Die Stiftung Universitätskirche St. Pauli zu Leipzig hat sich zu ihrem Zweck gesetzt, die in neuer Form errichtete Universitätskirche in Leipzig in ihrer Doppelfunktion als Aula und Kirche neben den universitätsgottesdienstlichen und universitätsmusikalischen Aufgaben auch als gesellschaftlichen Ort der fundierten und respektvollen Meinungsbildung zu fördern und zu unterstützen.

Mit dem PaulinerFORUM unter Trägerschaft der Theologischen Fakultät und der Stiftung Universitätskirche als Hauptförderer wollen wir wenigstens einmal im Jahr mit gesellschaftlich wichtigen Themen zu der *Bildung durch Diskurs* an diesem neuen Ort beitragen.

Zuletzt noch ein Punkt in eigener Sache: Die Stiftung Universitätskirche ist überglücklich, dank des breiten und großzügigen Zuspruchs von vielen Seiten diesen wunderbaren

Raum in seinen vielfältigen Funktionen als Aula *und* Kirche fördern zu können. Dass dies so ist, ist Ihnen als Spendern zu verdanken. Ich hoffe, dass wir Ihnen auch mit der heutigen Veranstaltung die Bedeutung Ihrer Unterstützung deutlich machen konnten und wir hoffen auf Ihre weitere und nachhaltige Unterstützung in der Zukunft. Alle notwendigen Daten und Informationen dafür finden Sie auf unserer Homepage [www.stiftung-universitaetskirche.de](http://www.stiftung-universitaetskirche.de)

Vielen herzlichen Dank und vor allem:  
Bleiben Sie gesund!



**Das PaulinerFORUM** ist eine an die Universitätskirche St. Pauli zu Leipzig gebundene Diskursplattform, die aktuelle Debatten um Religion, Kultur und Politik aufgreift. Das Forum wird getragen von der Universität Leipzig. Unterstützt wird es von der Stiftung Universitätskirche St. Pauli zu Leipzig und der Evangelischen Verlagsanstalt.

In seiner Doppelfunktion als Aula und Kirche versinnbildlicht das Paulinum den Diskurs zwischen Wissenschaft und Religion. Es richtet den Fokus auf die Deutung der Vergangenheit und die Gestaltung von Gegenwart und Zukunft. Damit steht es in der großen Leipziger Tradition der Friedlichen Revolution und deren Eintreten für Freiheit und Demokratie.

[www.stiftung-universitaetskirche.de/  
deutsch/paulinerforum.html](http://www.stiftung-universitaetskirche.de/deutsch/paulinerforum.html)

Pauliner  
**FORUM**



# Vorschau 2021

AM 15. Oktober 2021

UM 17.00 Uhr

WO Aula und Universitätskirche St. Pauli

im Paulinum, Uni-Campus, Augustusplatz 10, 04109 Leipzig

## „Nachhaltigkeit in einer Postwachstumsgesellschaft“

**Prof. Dr. Konrad Ott**

Die Epoche des Wirtschaftswachstums geht aus unterschiedlichen Gründen ihrem Ende entgegen. Gesellschaften sind gehalten, sich als nachhaltige und naturverträgliche Postwachstumsgesellschaften einzurichten. Dabei sollen aber die Errungenschaften der Moderne – Freiheitlichkeit, Rechtlichkeit, soziale Sicherheit, Demokratie und soziale Kohäsion – umfänglich gesichert und erhalten werden. Konrad Ott stellt ein Forschungsvorhaben vor, das Grundlinien dieser Transformation ethisch und gesellschaftstheoretisch rekonstruieren möchte und einen pragmatisch-reformerischen („bürgerlichen“) Transformationspfad aufzeigt.

### VORTRAG UND PODIUMSDISKUSSION

DISKUSSIONSPARTNER

**Prof. Dr. Martin Quaas und Prof. Dr. Andreas Schüle**

BEGRÜSSUNG **XXXXXXXXXX**

MODERATION **Reinhard Bingener**

Veranstaltet durch:



UNIVERSITÄT  
LEIPZIG



EVANGELISCHE AKADEMIE  
MEISSEN



EVANGELISCHE  
VERLAGSANSTALT